

Bundesregierung toleriert illegale Visa-Vergabe in Afghanistan



Nach ersten öffentlichen Zeugenberichten im August 2021 hat sich der Verdacht verdichtet, dass deutsche NGOs in Afghanistan operieren, um die illegale Einwanderung afghanischer Staatsbürger nach Deutschland zu unterstützen. Jetzt bestätigte auch die staatliche Deutsche Welle (DW), dass die als gemeinnützig anerkannte NGO „Mission Lifeline“ aus Dresden offensiv um Spendengelder für ausreisewillige Afghanen wirbt, um den Ankauf von Pässen von den jetzigen Machthabern in Afghanistan, den fundamentalistischen Taliban, zu finanzieren.

In einem DW-Bericht wird ein Sprecher des Auswärtigen Amts mit den Worten zitiert, dass „sich die Bundesregierung [...] an Recht und Gesetz halten muss“, und daher „den Kauf von Pässen nicht unterstützen“ könne. Zugleich aber betonte das Auswärtige Amt laut DW, dass die Arbeit der NGO Mission Lifeline und ähnlicher Organisationen „ein durchaus begrüßenswertes Engagement“ sei.

Laut Auswärtigem Amt soll es zudem möglich sein, aus den Nachbarländern Afghanistans bei jeder Deutschen Auslandsvertretung einen Termin für eine Visabeantragung zu erlangen. Die WELT zitiert dazu das Auswärtige Amt mit der Äußerung: „Jeder, der es zu einer Deutschen Auslandsvertretung in ein Nachbarland schafft [...], bekommt mehr oder weniger

unverzüglich einen Termin zur Visabeantragung“. Diese Berichte stehen im deutlichen Widerspruch zu Äußerungen der Bundesregierung, dass sie „keinen ‚Pull-Effekt‘ auslösen“ wolle.

Der menschenrechtspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Jürgen Braun, hat nun bei der Bundesregierung nachgefragt: Er wollte wissen, ob NGOs dazu eingesetzt würden, unter Umgehung des Auswärtigen Amtes und der vor Ort zuständigen Behördenvertreter Visa für die Einreise nach Deutschland zu beschaffen und die betreffenden Passinhaber über den Seeweg nach Europa zu schleusen.

Die Antwort fiel wie erwartet abwiegelnd aus: „Der Bundesregierung sind Berichte bekannt, nach denen Nichtregierungsorganisationen ehemalige Ortskräfte und besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen, denen eine Aufnahme in Deutschland zugesagt wurde, bei der Passbeantragung auch finanziell unterstützen...“. Kein Wort über Passgeschäfte oder Schleppertätigkeiten. So wundert es auch nicht, dass es bisher keinerlei Aktivitäten der Regierung gab, den Berichten nachzugehen. Für Jürgen Braun eine zweifelhafte Reaktion: „Alles spricht dafür, dass die Bundesregierung den Handel mit Pässen und die Schleppertätigkeit von NGOs stillschweigend duldet. Das wäre nicht nur eine klare Rechtsverletzung, sondern skandalös.“

Dabei zieht sich die Bundesregierung auf die Position zurück, nur ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr würden überhaupt nach Deutschland geholt. Doch kann das stimmen? Laut Antwort der Bundesregierung auf Nachfrage von Jürgen Braun „...wurden bisher etwa 4700 Ortskräfte gemeldet, davon sind nach derzeitigem Kenntnisstand etwa 1600 nach Deutschland eingereist.“ Merkwürdig nur, dass seit Machtübernahme der Taliban laut aktuellen Presseberichten insgesamt fast 5900 deutsche Visa für Afghanen ausgestellt wurden, die inzwischen auf verschiedenen Wegen nach Deutschland kamen. Manche mögen Angehörige sein, aber eine wirklich eindeutige Erklärung für

die deutlich voneinander abweichenden Zahlen gibt es nicht.